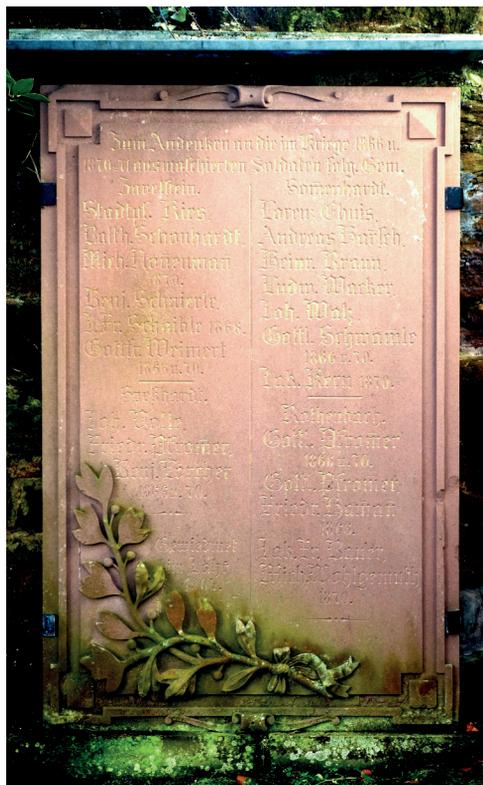


## Eine Betrachtung zu zwei Gedenktafeln an die Kriege von 1866 und 1870/71

### Problematische Weichenstellungen unter der Politik Bismarcks vor rund 150 Jahren

Als vor wenigen Jahren im ganzen Kreis Calw, so auch in Zavelstein, Kleindenkmale erfasst wurden, befand sich darunter eine Gedenktafel aus rotem Sandstein, die am oberen Rand die Inschrift trägt: „Zum Andenken an die im Kriege 1866 u. 1870=71 ausmarschierten Soldaten folg.[ender] Gem.[einden]“. Es folgen Zavelstein mit 6, Speßhardt mit 3, Sommenhardt mit 7 und Röttenbach mit 5 Namen, dahinter jeweils die Einsatzjahre. 11 der insgesamt 21 Ausmarschierten waren offenbar in beiden Kriegen mit von der Partie. In der linken unteren Ecke findet sich der Vermerk: „Gewiedmet im Jahr 1904“. Der einzige Schmuck der Tafel besteht – neben einwandfreier Steinmetz-Qualität – in einer mit einem Schleifchen gezierten Ranke links unten.

Eine ganz ähnliche Tafel mit der Überschrift „Den tapferen Kämpfern aus der Gemeinde Breitenberg von 1866 – 1870-71“ findet sich eingelassen in die Außenwand der Breitenberger Kirche unmittelbar neben dem Kriegerdenkmal für den Ersten Weltkrieg. Sie ist mit einem Eisernen Kreuz und Eichenlaub geziert und nennt 11 Namen, gibt jedoch kein Herstellungsjahr an. Die vormalige Goldauslegung der Buchstaben ist bei beiden Tafeln inzwischen ziemlich verblasst. Gefallene gab es weder in der Pfarrei Zavelstein noch in Breitenberg.



*Gedenktafel an die 1866 und 1870/71 Ausmarschierten der Pfarrei Zavelstein*



*Die Breitenberger Gedenktafel*

Durch die ursprüngliche Anbringung der Zavelsteiner Tafel im Inneren der Sankt-Georgs-Kirche Zavelsteins war unverkennbar ein kirchlich-religiöser Bezug hergestellt. Ob dabei eine Rolle spielte, dass der erste der 21 Namen den Zavelsteiner Stadtpfarrer Kies nennt, der 1870 zu den Ausmarschierten gehörte, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Der Hauptgrund muss jedoch in der damaligen engen Verbindung der protestantischen Kirchen mit den staatlichen Obrigkeiten gesehen werden. Bei der Renovierung der Kirche 1980/81 sah man diesen Bezug kritisch

und verbannte die Tafel neben die Kirche recht unscheinbar an den Zaun des Pfarrgartens.

Beide Tafeln erinnern an zwei Ereignisse, die zu enormen Folgen nicht nur für den politischen Prozess ihrer Zeit führten, sondern Vorbedingungen waren für kaum übersehbare Entwicklungen. Dass die Zavelsteiner Gedenktafel heute mit Distanz zur Kirche angebracht ist, erscheint nicht zufällig: Zu Krieg- und Kriegerverherrlichung hat sich Abstand eingestellt. Dazu ist die Erinnerung an die beiden Kriege, deren 150jährige Jahrestage in unsere Zeit fallen, noch stärker verblasst als die Goldauslegung der Namen der Krieger. Aber verblasst ist auch die Erinnerung an die Folgen: das Scheitern des bürgerlich-liberalen Strebens über Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts nach einem Nationalstaat mit Freiheit, demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit.

Der (politische) Nationalismus wurde zu Ende des 18. Jahrhunderts als Kind der französischen Revolution geboren. Er faszinierte unverzüglich die Geister im zuletzt brüchigen Staatenbund des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, der ja mit der Unterzeichnung der Rheinbundakte durch die süddeutschen Fürsten auf Druck Napoleons 1806 recht unspektakulär unterging. Als Reaktion auf die erfolgreichen Attacken Napoleons, denen die deutschen Nachbarn wenig entgegenzusetzen hatten, vor allem zunächst kein einendes Nationalgefühl, fasste dieses jedoch rasch Fuß auch in den deutschen mehr oder minder absolutistisch geführten Obrigkeitsstaaten. Letztlich wurde die sich entwickelnde patriotisch-nationalistische Gesin-



Wenn in Flammen stehen Kirche, Schul und Staat,  
Kasernen untergehen, dann blüht unsre Saat.  
Ja 33 Jahre währt die Knechtschaft schon  
Nieder mit den Hunden von der Reaktion.

An den Darm der Pfaffen hängt den Edelmann  
Laßt ihn dran erschlaffen, hängt ihn drauf und dran.  
Ja 33 Jahre währt die Knechtschaft schon  
Nieder mit den Hunden von der Reaktion!

Die „Hunde von der Reaktion“ hatten 1848 zunächst als Ventil eine verfassungsgebende Versammlung in der Frankfurter Paulskirche zugebilligt. Sie setzte sich aus nach dem allgemeinen Männerwahlrecht bestimmten Vertretern aller deutschen Staaten einschließlich Österreichs zusammen. Das Ziel, zu einer nationalstaatlichen Einheit unter einer demokratisch-konstitutionellen Monarchie zu finden, scheiterte jedoch an den Machtverhältnissen.

Unter den die Oberhand behaltenden absolutistischen Monarchien konkurrierten die Hegemonialansprüche. Einem militärisch und administrativ hoch entwickelten kleinen protestantischen Preußen stand der gigantische habsburgische, in der katholischen Tradition verwurzelte Vielvölkerstaat mit zwar gewaltigen Ressourcen, aber einer schon durch die schiere Größe überforderten Administration und überholten Militär-Organisation gegenüber. Für den Dualismus einer klein- versus großdeutschen Option, also einem deutschen Nationalstaat ohne oder mit Österreich hatte auch das Paulskirchen-Parlament nicht vermocht, eine überzeugende Lösung anzubieten.

Otto von Bismarck aus dem aristokratisch-konservativen Lager wurde 1862 von Wilhelm I. zum preußischen Ministerpräsidenten berufen. Für ihn gab es nur einen Weg, den er schon 1862 in einer Rede zum preußischen Militärbudget klar skizzierte: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. [...] Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit

entschieden [...] – sondern durch Eisen und Blut.“

Die Gelegenheit zur Klärung ergab sich nach dem Deutsch-Dänischen Krieg. Die Dänen hatten versucht, durch eine Truppenentsendung die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Sachsen-Lauenburg zu annektieren, was der Deutsche Bund mit einer „Bundesexekution“ beantwortete, einem gemeinsamen Feldzug von Habsburgern und Preußen. Mit der Erstürmung der „Düppeler Schanzen“ durch preußische Truppen am 18. April 1864 war dieser Konflikt schnell entschieden. Preußen erhielt Sachsen-Lauenburg und Schleswig, Österreich verwaltete Holstein.

Die Besetzung Holsteins durch die Preußen am 9. Juni 1866 wurde der formale Anlass zu jenem als „Deutscher Krieg“ bezeichneten Konflikt, in den mit Württemberg auch die 11 Soldaten aus dem alten Kirchspiel Zavelstein und die Breitenberger Kämpfer hineingezogen wurden. Allerdings erscheint diese Benennung neben einer Reihe von anderen Bezeichnungen (Deutsch- bzw. Preußisch-Österreichischer Krieg, Deutsch-Deutscher Krieg, Einigungskrieg, usw.) mehr oder minder irreführend. So gab es zu jener Zeit zwar eine Reihe deutschsprachiger Fürstentümer und Stadtstaaten, aber keinen eigentlichen deutschen Staat. Auf der anderen Seite gehörte zum Habsburgerreich neben Österreich eine Reihe von nichtdeutschen Staaten.

Als Reaktion auf Preußens widerrechtliches Vorgehen beschloss der Bundestag (Gremium des Deutschen Bundes, in dem alle Mitglieder vertreten waren) auf Antrag Österreichs eine Bundesexekution gegen Preußen, die mehrheitlich angenommen wurde. Nicht das habsburgische Österreich, sondern die restlichen Mitglieder des Deutschen Bundes nach Austritt Preußens und seiner Verbündeten bildeten somit den eigentlichen Gegenpart. Hierzu gehörten neben Österreich die Königreiche Bayern und Sachsen, das beim Wiener Kongress 1814 entstandene Königreich Hannover (schied bald aus), die Großherzogtümer bzw. Herzogtümer

Baden, Hessen, Nassau, Sachsen-Meiningen, die Freie Stadt Frankfurt und natürlich das Königreich Württemberg. Aus diesen rekrutierte sich das Bundeskorps. Liechtenstein, Luxemburg und Limburg schlossen sich nicht an. Somit müsste die korrekte Bezeichnung für diesen Konflikt eigentlich „Krieg Preußens gegen den Deutschen Bund“ lauten.

Bismarck hatte günstige Voraussetzungen geschaffen: Gestützt auf den am 8. April 1866 geschlossenen und klar gegen die Bundesakte des Deutschen Bundes verstoßenden Preußisch-Italienischen Allianzvertrag konnte die Donaumonarchie simultan auf zwei Kriegsschauplätze gezwungen werden, wobei es Italien um Venetien mit Friaul ging. Aber auch Österreich hatte sich rückversichert: Ein Geheimvertrag mit Napoleon III. legte Frankreich im Kriegsfall auf Neutralität fest, wobei der Preis ebenfalls in der Abtretung Venetiens bestand.

Es kam zu einer Reihe von Gefechten, die hier nicht nachgezeichnet werden sollen. 600 000 Mann auf Seiten des Bundesheeres standen etwa 500 000 Preußen und Verbündete gegenüber. Trotzdem blieben die Preußen – bis auf die Schlacht von Trautenau (Trutnov, Böhmen) – stets Sieger auf den Kampffeldern. Den Ausschlag gaben die überlegene Militärtechnik der Artillerie und die neuen preußischen Zündnadelgewehre, die fünf Schuss in der Minute abfeuern konnten, gegenüber dem einen Schuss der Vorderlader des Bundesheeres. Auch die württembergische Division, die zusammen mit den badischen und hessischen Truppen sowie einigen weiteren Kontingenten das VIII. Bundesarmee Korps stellte, wurde in Gefechte verwickelt. So kam es, obwohl bereits am 3. Juli 1866 bei Königgrätz (Hradec Králové, Böhmen), die Entscheidung gefallen war, am 24. Juli 1866 zu einem blutigen Gefecht um die Tauberbrücke von Tauberbischofsheim, in dem 684 Württemberger und 126 Preußen fielen oder verwundet wurden.

Nach dem Krieg annektierte Preußen außer Sachsen alle gegnerischen Staaten nördlich des

Mains einschließlich der Freien Stadt Frankfurt. Sie wurden zum „Norddeutschen Bund“ vereinigt, faktisch einem enorm erweiterten Preußen. Für diese gewaltsame Machtübernahme gab es weder eine monarchische noch gar demokratische Legitimation. Das entscheidende Zugeständnis hatte Bismarck schon im Vorfrieden von Nikolsburg (Mikulov, Südmähren) erreicht, als die habsburgische Seite akzeptieren musste, aus Deutschland hinausgeworfen zu werden. Im Frieden von Prag vom 23. August 1866 erfolgte die endgültige Festschreibung. Aus den deutschen Kulturträgern Grillparzer, Mozart, Haydn, usw. wurden per Federstrich Österreicher. Klaus-Jürgen Bremm zitiert in seinem Buch den 74-jährigen Franz Grillparzer, der das Ergebnis des Deutschen Krieges so kommentierte: „Als Deutscher ward ich geboren, bin ich noch einer? Nur was ich Deutsches geschrieben, nimmt mir keiner.“

Die sonstigen Friedensbedingungen blieben gemäßigt, sah Bismarck doch im habsburgischen Reich einen zukünftigen Bundesgenossen. Venetien ging wie vorgesehen indirekt (über Frankreich) an den neuen 1861 geborenen italienischen Nationalstaat. Den süddeutschen Staaten, so auch Württemberg, nötigte Preußen geheime Schutz- und Trutz-Bündnisse auf.

Was unsere Zavelsteiner und Breitenberger Ausmarschierten bewegte, lässt sich leider nur ansatzweise rekonstruieren. Vor allem dürften sie heilfroh gewesen sein, wieder ohne schwere Blessuren zu ihren Familien zurückzukehren zu können. Blättert man durch die Ausgaben vom „Calwer Wochenblatt“ aus dieser Zeit, wird deutlich, wie detailliert über die Entwicklung in dieser Auseinandersetzung informiert wurde. Die Bismarck'sche Politik einschließlich dieses Krieges billigte das restliche Deutschland nicht im Entferntesten. Was man davon hielt, wird explizit deutlich in einem Gedicht von Arthur Freiherr von Deich, das in der Ausgabe vom Samstag, dem 2. Juni 1866, im Calwer Wochenblatt veröffentlicht wurde:

### Deutschlands Volk an Preußens König.

Du blickst von Deines Schlosses Brüstung  
Auf Deiner Ahnen Ruhm zurück;  
Du siehst Dein Heer in voller Rüstung,  
Und träumst von neuem Siegesglück:  
Und fühlst denn keiner Deiner Großen,  
Was Deinem armen Volk gebricht?  
Und hörst Du vor der Waffen Tosen  
Germania's Donnerstimme nicht?  
Wohl rief von Deinem Herrscherstige  
Dereinst ein Wilhelm zum Gefecht;  
Wild zuckten rings des Kampfes Blitze,  
Doch war's ein Kampf für deutsche Recht!  
Wie Zauchzen scholl's bei seinem Rufen,  
Und alle Herzen waren fein;  
Doch jetzt umtobt des Thrones Stufen  
Ein millionenfaches **Nein!!!**

Hoffst Du den Wehshrei zu ersticken,  
Wenn Du die Trommeln wirbeln läßt?  
Denkst Du des Geistes Kraft zu knicken,  
Wenn ihn die Faust des Kriegers preßt?  
Nur wer im Innern Frieden findet,  
Spricht jedem Feind nach Außen Hohn,  
Und wo des Volkes Liebe schwindet,  
Da stürzt kein Heer den stolzen Thron!

Noch kannst Du Frieden uns verkünden,  
Noch ist der Zeiten Zügel dein;  
Du kannst, was stürzte, neu begründen,  
Und Deutschlands Segensbote sein.  
Du bist's, der die Geschicke wendet,  
Wenn Du den Zauberbann zerreißt,  
Und von dem **Dämon**, der Dich blendet,  
Dich und Dein treues Volk befreist!!

Arthur Freiherr von Deich.

Dass aus Bayern, Badnern, Pfälzern, Hessen und Schwaben keine Preußen-Fans wurden, liegt auf der Hand. So gewann auch der von Bismarck gewünschte Süddeutsche Bund als Pendant zum übermächtigen Norddeutschen Bund nie richtig Leben. Dagegen feierte die liberale Presse Berlins das „gänzliche Ausscheiden Österreichs aus Deutschland“ als großes Ereignis: „Dies ist der Schritt, mit dem erst ganz und vollständig das Mittelalter ... beseitigt wird ... und wir stehen vor der Möglichkeit, einen deutschen Nationalstaat zu errichten. Wir können deutscher sein, als es unseren Vorfahren vergönnt war.“ Anders als im Süden wurde der kulturelle Verlust nicht erkannt.

In Württemberg (wie auch in Bayern und Baden) orientierten sich die Regierungen zwangsläufig zunehmend an Preußen. Die weitgehend geschlossene antipreußische Haltung der Bürger beeinflusste dies kaum. Insgesamt verfestigte sich das aristokratisch-monarchistische Herrschaftssystem noch einmal. Die Junker-Gesellschaft insbesondere im ostelbischen preu-

Und die Ausgabe vom Samstag, dem 23. Juni 1866 stellt glasklar den Kern des Problems heraus:

### „Hier Preußen, hier Oesterreich“

ist nicht der Feldruf in dem beginnenden Kampfe. Hätte es einfach: „Preußen oder Oesterreich, Junker oder Pfaffe, Hohenzollern oder Habsburg“, so könnte dem denkenden Vaterlandsfreunde die Wahl schwer werden, — sehr schwer! Aber, Gott sei Dank, — nachdem einmal die Kriegswirbel gefallen sind! — so steht die Frage, so lautet der Feldruf nicht. „Hier Recht und dort Unrecht“, das ist der entscheidende Gegensatz. Preußen will ohne Recht und ohne Gesetz mit Blut und Eisen Schleswig-Holstein „annectiren“. Die deutsche Nation sagt: Nein! Preußen will ohne Recht und Gesetz mit Blut und Eisen halb Deutschland zwingen, sich Preußen zu einem norddeutschen Bunde anzuschließen. Preußen sprengt gegen Recht und Gesetz, auf „Eisen und Blut“ gestützt, den deutschen Bund.

bischen Stammland, zu der ja auch Bismarck gehörte, konnte ihre Privilegien verteidigen. An der Erbuntertänigkeit und Leibeigenschaft preu-

ßischer Landarbeiter änderte sich faktisch nichts. Die Überschätzung von Militärischem dehnte sich auch in den Süden Deutschlands aus, fasste hier aber nie so richtig Fuß. Von preußischer Schneidigkeit blieb sie ziemlich entfernt.

Aber zweifellos brachte der Krieg von 1866, der auch als „Revolution von oben“ gesehen wurde, Deutschland

zwar nicht der Freiheit, wohl aber einer Einigung näher.

Dass die Zavelsteiner und Breitenberger Gedenktafeln gleichermaßen an den Krieg von 1866 wie an den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 erinnern, belegt, dass beide Ereignisse als zusammenhängend begriffen wurden.

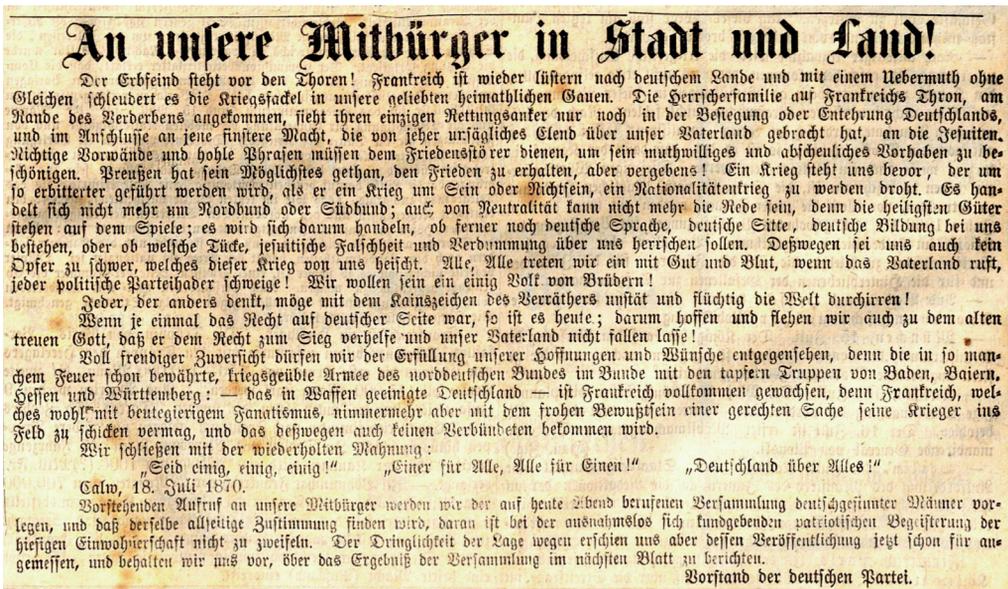
In der gewaltigen Macht-Expansion Preußens durch seinen Norddeutschen Bund sah der französische Kaiser Napoleon III. eine weitere Ansehensminderung. Annähernd zeitgleich war seine Intervention in Mexiko gescheitert, die das Ziel hatte, dort eine von Frankreich abhängige Monarchie zu installieren. Auch mit Annexionsplänen hinsichtlich Luxemburgs und Teilen Belgiens war er durch den raschen preußischen Sieg von 1866 nicht weiter gekommen. Republikanische Strömungen in Frankreich mussten dringlich durch außenpolitische Erfolge besänftigt werden. So machte die Parole „Revanche pour Sadova“ (Rache für Sadova) die Runde, wobei Sadova die französische Bezeichnung für Königgrätz war. Dass mit Österreichs Niederlage bei Königgrätz französische Interessen allenfalls indirekt in Zusammenhang zu bringen waren, ging in den Revanche-Gelüsten unter.

Nachdem 1868 spanische Militärs ihre Königin Isabella II. aus der französischen Bourbonenlinie abgesetzt hatten, begaben sich die Spanier auf die Suche nach einem passenden Nachfolger. Dabei stieß man auf den katholischen Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen. Widerstrebend übernahm dieser auf Drängen Bismarcks die potentielle Nachfolgerrolle. Auch der Chef des Hauses Hohenzollern, Bismarcks Dienstherr König Wilhelm I., sollte dem Plan seinen Segen geben, was dieser schließlich – ebenfalls widerstrebend – tat.

Nun trat die französische Seite in Aktion mit der Absicht, die Preußen zu demütigen. Vom französischen Außenminister Herzog von Gramont, der mit einem Umklammerungsversuch durch die Hohenzollern argumentierte, kam eine

Kriegsdrohung. Prinz Leopold wie König Wilhelm zogen hierauf unverzüglich ihre ungeliebte Nachfolge-Einwilligung in der spanischen Thronfrage zurück. Eine der Pointen dieser Angelegenheit steckte in den Verwandtschaftsverhältnissen: Prinz Leopold war (über seine Großmutter Eugénie de Beauharnais) mit Napoleon III. näher verwandt als mit den preußischen Hohenzollern. Der Hohenzollern-Rückzug befriedigte jedoch die französische Seite nicht. Auf Veranlassung seines Ministers sprach der französische Botschafter Graf Benedetti den im Juli 1870 in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König während dessen Morgenspaziergang an. Frankreich verlange eine Verpflichtung, auch für die Zukunft eine Besetzung des spanischen Throns durch Hohenzollern auszuschließen. Diese nach Form und Inhalt ungebührliche Forderung lehnte der König höflich aber bestimmt ab. Bismarcks Vertrauter Heinrich Abeken, der den König begleitet hatte, schickte darauf jenes berühmte Telegramm, das als „Emser Depesche“ in die Geschichte einging. Er informierte seinen Chef über den Vorgang neutral und sachgerecht. Bismarck, seinerseits auf Maßregelung Frankreichs und Klärung der Hegemonialfrage in Mitteleuropa bedacht, redigierte und kürzte den Text, der dadurch deutlich an Schärfe gewann, und stellte ihn der Presse zu. In Frankreich wurde unverzüglich die französische Übersetzung veröffentlicht. Auch über diese Vorgänge berichtete das Calwer Wochenblatt ausführlich und sachlich am Samstag, dem 16. Juli 1870, allerdings blieb der in der Emser Depesche steckende Sprengsatz offensichtlich unerkannt.

Wie von Bismarck vorausgesehen kam es zu einer Empörung in der französischen Bevölkerung, die nun die Regierung Napoleons III. unter Zugzwang setzte. Am 19. Juli 1870, sechs Tage nach dem morgendlichen Gespräch in Bad Ems, erklärte Frankreich – in Fehleinschätzung seiner militärischen Möglichkeiten – Preußen den Krieg. Nun findet sich im Calwer Wochenblatt vom Dienstag, dem 19. Juli, ein völlig anderer Ton:



Bismarck war damit ein Schachzug gelungen, der für Frankreich verhängnisvoll und in Deutschland zum Sockel seines Nachruhms werden sollte. Frankreich hatte die Rolle des Aggressors übernommen, was in allen deutschen Ländern eine Welle patriotisch-nationalistischer Solidarisierung auslöste. Bis auf Österreich, das ja unter den deutschen Staaten nichts mehr zu suchen hatte, scharten sich alle um Preußen. Recht gut drückt das Gedicht des Westfalen Emil Rittershaus die Stimmung aus:

Ein einig' Deutschland! Ach wie lang' begehrt,  
Wie oft erseht in unsrer Träume Dämmern!  
Nun droht der Fremdling deutschem Hof und Herd,  
Und es ist da! Nun muss das Frankenschwert  
Mit einem Schläge uns zusammenhämmern!  
Die Söhne Deutschlands sind von mancher Art,  
Doch seit der Mutter Schmach geboten ward,  
Giebt's keinen Grenzstrich mehr auf unsrer Karte  
Da kennen wir nur einen Schrei der Wut  
Und einen Kampf auf's Messer, bis auf's Blut!  
Nur einen Wahlspruch: Nieder Bonaparte!

Während der deutsche Truppenaufmarsch planmäßig und zügig vonstattenging, kam es auf der gegnerischen Seite zu einem organisato-

rischen Durcheinander. Von den Geheimbündnissen Preußens mit den süddeutschen Ländern hatten die Franzosen wenig mitbekommen und waren entsprechend überrascht. Die französische Operationsplanung hatte einen Durchstoß via Saarland und Pfalz ins Maintal vorgesehen, um den Norddeutschen Bund von den Südstaaten abzuspalten, doch scheiterte der Angriff schon zu Beginn. Darauf marschierten entsprechend der Generalstabsplanung unter Helmuth von Moltke drei deutsche Armeen in Frankreich ein. Nach einer Reihe von Gefechten war die französische Rhein-Armee in Metz eingeschlossen. Die zweite französische Hauptarmee unter Mac Mahon sollte von Reims aus zum Entsatz von Metz vorrücken, konnte jedoch bei Sedan vom deutschen Gegner umfasst werden und erlitt am 1. September eine vernichtende Niederlage. Diese entschied zwar nicht den Krieg, die Folgen waren dennoch bedeutsam: Mit den Resten der Armee kapitulierten am 2. September auch Napoleon III. und begab sich in Gefangenschaft. Zwei Tage später hatte in Paris die „Dritte Republik“ die Macht übernommen und den Kaiser der Franzosen für abgesetzt erklärt.



Sturm auf St. Privat.



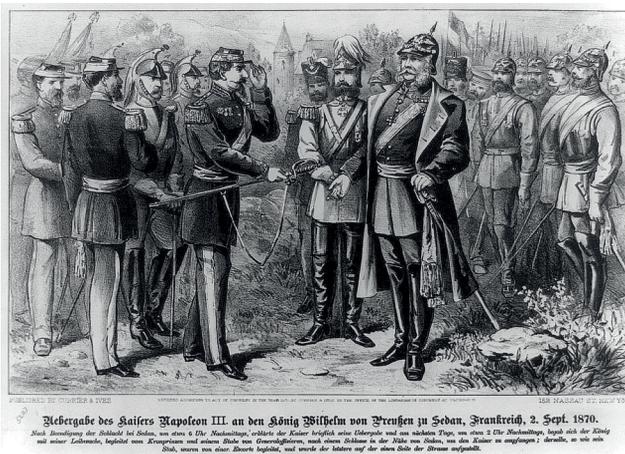
Einzug in Paris.

Nun setzte die Dritte Französische Republik den Kampf unter Kriegsminister Gambetta fort. Es standen immer noch beträchtliche Ressourcen an Waffen und wehrfähigen Männern zu Verfügung. Die deutschen Truppen belagerten ab 19. September 1870 Paris, und gegen Jahresende begann man mit der systematischen Beschießung.



Reiterangriff bei Sedan.

Noch während des Kriegs setzte Bismarck faktisch den Anschluss der süddeutschen Länder an den Norddeutschen Bund durch. Damit war nun ein neues deutsches Reich entstanden. Formell wurde dieses am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles durch die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm als „Deutscher Kaiser“ ge-



Begegnung des Kaisers Napoleon III. an den König Wilhelm von Preußen in Sedan, Frankreich, 2. Sept. 1870.  
Nach Beendigung der Schlacht bei Sedan, am 2. Sept. 1870, erklärte der Kaiser beidseitig seine Übergabe und sein nächstes Ziel, um einen 2. März 1871, legte sich der König mit seiner Leibesbrüder, begleitet von Kronprinzen und seinem Stab von Generalstabern, nach einem Stillestand in der Nähe von Sedan, um den Kaiser zu empfangen; dorthin, so wie mit ihm, waren von seiner Seite begleitet, und wurde der Kaiser auf der einen Seite der Rhein angefahren.

*Schlacht-Szenen (St. Privat, Sedan) und die Kapitulation Napoleons sowie der Einzug der deutschen Truppen in Paris am 1. März 1871. Die bunten Bilder sind einem großformatigen Bildband (M. Dittrich und M. Henze) entnommen, der im Museum Zavelstein ausgelegt ist. Wie aus einem Eintrag auf dem Umschlag hervorgeht, war dieser einst Bestandteil der Lehrmittel der Christlichen Grundschule Teinach. Die Abnutzungsspuren weisen auf fleißige Verwendung hin.*

gründet. Im Calwer Wochenblatt vom Samstag, dem 21. Januar 1871, erfolgt die Darstellung dieses Ereignisses völlig unspektakulär ohne nationalen Überschwang. Die Frontseite der Ausgabe nimmt eine „Amtliche Bekanntmachung“ ein, welche eine Wechselsteuer zum Thema hat. Lediglich unter den „Nachrichten vom Kriegsschauplatz“ findet sich eine vom neuen Kaiser gezeichnete Proklamation, und er wird ab diesem Zeitpunkt als Kaiser betitelt. Dagegen werden die Kapitulation von Paris und der damit verknüpfte Waffenstillstand mit großer Schrift in Fettdruck verkündet.

**Telegramme.\*)**  
**Kapitulation der Forts von Paris.**  
**Waffenstillstand.**  
**Berlin, 29. Januar, Morgens 2 Uhr 35**  
**Min. Nach einem Telegramm des Bundeskanz-**  
**lers vom 28. Jan. hat derselbe mit J. Favre**  
**die Kapitulation aller Forts von Paris und**  
**einen dreiwöchentlichen Waffenstillstand zu Land**  
**und zu Wasser unterzeichnet. Die Armee von**  
**Paris bleibt kriegsgefangen in der Stadt.**  
(Depeche des Wolff'schen Bureau.)

Nach dem Waffenstillstand mit dem Vorfrieden von Versailles trat am 10. Mai nach langwierigen Verhandlungen der Friede von Frankfurt in Kraft. Frankreich musste die deutsch- und zweisprachigen Gebiete von Elsass und Lothringen an das neue Deutsche Reich abtreten, wobei die Annexionisten-Befürworter auch die Abtretung der rein französischsprachigen Region um Metz durchsetzten. Die Territorien wurden zum neuen Reichsland Elsass-Lothringen zusammengefasst. Außerdem hatte Frankreich Reparationen in Höhe von 5 Milliarden Francs zu leisten.

Die Ausrufung des Deutschen Reichs in der Prunkresidenz französischer Könige und napoleonischer Kaiser sowie die Annexion Elsass-Lothringens provozierten den französischen Nationalstolz. Mit dem Diktat-Frieden von Versailles, der 1918 den Ersten Weltkrieg beendete, wurde dies schließlich vergolten.

Blickt man zurück auf das ferne Vorbild des (zweiten) Deutschen Kaiserreichs, dann wird ein entscheidender Unterschied deutlich: In den Königen und Kaisern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sahen die Menschen – zumindest in dessen Blütezeiten – die irdische Repräsentanz des Rechts. So lautete das Regierungsmotto des letzten großen Staufers Friedrich II. (1194-1250) „Pax et Justitia“ (Friede und Recht). Dieses neue Reich dagegen wurde auf einer Basis von Illegitimität und unverbrämtem Gewalteinsatz errichtet.

Vor allem protestantische Pastoren in Preußen deuteten die Kapitulation vom 2. September 1870 als Gottesurteil und stilisierten diese zum „Sedanstag“ hoch. Als sich der pietistische Friedrich von Bodelschwingh (Gründer der Bethel'schen Anstalten) schon 1871 für den Sedanstag einsetzte, begann die Idee an Popularität zu gewinnen. Für ihn wie für die meisten Pastoren gehörten Thron und Altar zusammen. Der nachmalige

Hofprediger Adolf Stoecker jubelte drei Wochen nach der Kaiserproklamation: „Das heilige evangelische Reich deutscher Nation vollendet sich, ... in dem Sinn erkennen wir die Spur Gottes von 1517 bis 1871.“ Zwar hatten sich die Katholiken, die ein Drittel der Bevölkerung des neuen Kaiserreichs umfassten, im Deutsch-Französischen Krieg nicht weniger „national“ verhalten, umso verstörender wirkten nun die Parolen vom Sieg des Protestantismus und vom evangelischen Kaisertum. Der katholische Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler untersagte daraufhin 1874 seinen Geistlichen jede Art von Mitwirkung an den Sedansfeiern. So wurde der Sedanstag faktisch ausschließlich in den evangelischen Kommunen Deutschlands begangen und entwickelte sich zu einem Feiertag mit Militärparaden einschließlich Bekenntnissen unerschütterlicher Loyalität zur Monarchie. Auch in Zavelstein fanden Sedansfeiern statt.

Bismarck betonte noch nach seiner Entlassung den protestantischen Charakter des Deutschen Reichs und erklärte am 31. Juli 1892 auf dem Marktplatz von Jena: „Ich bin eingeschworen auf die weltliche Leistung eines evangelischen Kaisertums, und diesem hänge ich treu an.“

Die protestantischen Kirchen blieben dem Obrigkeitsstaat eng verbunden, zumal die jeweiligen aristokratischen Landesherren seit Reformationszeiten ihre Titular-Vorgesetzten waren. Noch 1920 sandte die Synode der preußischen evangelischen Kirche dem im Exil lebenden Wilhelm II. eine Dankadresse für seine Verdienste um die Nation, ungeachtet der fürchterlichen Ereignisse des Ersten Weltkriegs.

Damit vertiefte sich die konfessionelle Spaltung, und das neue Kaisertum war ein wesentlicher Teil des Keils, was nicht selten zu grotesken Auswirkungen führte. So war es auf dem Zavelsteiner Friedhof, der sich in der Obhut der Kirche befand, nicht gestattet, Katholiken zu bestatten, bis dieser 1954 von der bürgerlichen Gemeinde übernommen wurde. Dem durch die preußische Monarchie geprägten Staat fehlte es sowohl an Weisheit wie an Weitblick, einen Staat für alle anzustreben. Allerdings leistete auch der extreme Konservatismus von Papst Pius IX. (Pontifikat 1846-1878) seinen Beitrag bei den konfessionellen Differenzen. Gegen die nachdrückliche Opposition der deutschen Bischöfe setzte er beim Ersten Vatikanischen Konzil (1869/70) das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit bei der Ausübung des kirchlichen Lehramts durch, das noch heute ein schwerwiegendes Hindernis bei ökumenischen Bemühungen darstellt.

Im Ergebnis misstrauten die beiden großen Religionsgemeinschaften weiter einander, was ab 1871 zum „Kulturkampf“ führte. Obwohl in der Verfassung Religionsfreiheit verankert war, setzte die nationalliberale Partei mit Bismarck an der Spitze eine Reihe von verfassungswidrigen Gesetzen zur Maßregelung der katholischen Kirche durch, die – bis auf den Vorrang der

zivilrechtlichen Eheschließung vor der kirchlichen – sämtliche nach 1878 wieder zurückgenommen werden mussten.

Zur Wahrung der Interessen des katholischen Bevölkerungsdrittels hatte sich 1871 die Zentrum-Partei gegründet, der im Kaiserreich – neben den Sozialisten – zwangsläufig die Rolle einer kritischen Distanz zum Staat zufiel. Allerdings opferte das Zentrum in der späten Weimarer Republik diese Rolle den Verlockungen eines Konkordats. Am 23. März 1933 waren es auch die Stimmen der Zentrumsfraktion unter ihren Führern Prälat Kaas und Franz von Papen, die im Reichstag das Ermächtigungsgesetz ermöglichten. Das Konkordat konnte dann im Juli 1933 zwischen Hitler und dem Vatikan geschlossen werden. Es hatte die Hoffnung geweckt, dadurch könne die Unabhängigkeit katholischer Einrichtungen gesichert werden. Aber die braunen Machthaber hielten sich nicht daran.

Juden waren in der Verfassung des Kaiserreichs gleichgestellte Bürger, dennoch fasste der Antisemitismus rasch Fuß. Zwar ziehen sich Phasen von mehr oder minder vehementem Antisemitismus von Beginn an durch das Christentum. Aber die Reformation führte – zumindest zeitweise – zu vermehrter Intoleranz, hatte doch Martin Luther in seiner Abhandlung „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) gegen diese in einer Sprache vom Leder gezogen, wie sie erst die Nazizeit wieder benutzte. Die antisemitische Grundeinstellung trugen vielfach protestantische Theologen weiter. So gründete der schon genannte Hofprediger Alfred Stoecker 1878 die antisemitische Christlich-Soziale Partei, die den Begriff „Verjudung“ einführte. Die antisemitische Einstellung übernahm dann im NS-Reich (neben den Nationalsozialisten) die 1932 von Hitler als nazifizierte Kirche geplante Bewegung der „Deutschen Christen“. Dieser stellte sich 1934 die „Bekennende Kirche“ entgegen, deren Hauptinitiator der ehemalige U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg Pastor Martin Niemöller war.

Erst nach dem kompletten Zusammenbruch Deutschlands mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fanden sich 1945 katholische Zentrums-politiker und evangelische Christen zusammen. Mit dem Ziel, an einem demokratischen politischen und sozialen Neuanfang zusammen zu arbeiten, wurde die Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gegründet. In der Gesamtwürdigung der CDU kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass durch sie die Glättung des Konfessions-Risses weit vorangekommen ist. Als mit dem Kriegsende 1945 die alten Bindungen sowohl von Protestanten wie von Katholiken an den Staat zerbrochen waren, bestand die Hoffnung, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Einen eindrucksvollen Schritt gingen die Vertreter der Bekennenden Kirche in ihrer „Stuttgarter Erklärung“ vom Oktober 1945: „Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Martin Niemöller strebte eine Abkehr von der bisherigen staatsnahen Kirchenorganisation und eine Kirche „des brüderlichen Lebens“ an. Auch die jungen Katholiken in der frühen Bundesrepublik suchten Distanz zur Staats- und Wirtschaftsnähe ihrer Kirchenorganisationen, wie dies in Heinrich Bölls „Brief an einen jungen Katholiken“ (1958) und im Roman „Ansichten eines Clowns“ (1964) deutlich wird. Allerdings erfüllten sich diese Hoffnungen nicht. Schließlich sicherten die stabilen Beziehungen zum Staat Einflussmöglichkeiten und – nicht zuletzt – durch die Kirchensteuern eine bequeme finanzielle Basis. Immerhin suchten die Kirchen nach und nach mehr Distanz.

Schon während des Krieges von 1866 hatten sich Unterstützungsvereine für verwundete Krieger zusammengefunden, so auch in Calw. Beim Deutsch-Französischen Kriege kam es landauf-landab zu einem neuen Gründungsschub. Es bildeten sich „Kriegervereine“, die mit Fahnen, Aufmärschen, „Ehrenjungfrauen“ und patriotischen Reden auf sich aufmerksam machten. Das im Kern sehr heterogene neue deutsche Kaiserreich benötigte dringlich einigende patriotische Narrative, was sich unter anderem in der Einrichtung von Gedenkstätten niederschlug. So entstanden über Rüdeseim das Niederwald-Denkmal, an der Porta Westfalica ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal, dazu diverse Reiterstandbilder des Kaisers, und im Teutoburger Wald wurde das Hermann-Denkmal fertig gestellt.



*Niederwald-Denkmal*

Aus den Reihen der Landeskriegerverbände kam der Anstoß, dem 1888 verstorbenen preußischen König Wilhelm und ersten Kaiser des neuen Deutschen Reiches, ein Denkmal auf dem Kyffhäuser zu errichten, das dann 1896 eingeweiht werden konnte. Dabei griff man auf den Mythos des im Berg schlafenden Kaisers Barbarossa (Friedrich I., reg. 1152-1190) zurück.

Dieses schildert Friedrich Rückert in einem von Friedrich Silcher vertonten Gedicht:

Der alte Barbarossa  
der Kaiser Friedrich  
im unterird'schen Schlosse  
hält er verzaubert sich.

Er ist niemals gestorben,  
er lebt darin noch jetzt;  
er hat im Schoss verborgen  
zum Schlaf sich hingesezt.

Er hat hinabgenommen  
des Reiches Herrlichkeit  
und wird einst wiederkommen  
mit ihr, zu seiner Zeit.

Er nickt als wie im Träume  
sein Aug halb offen zwinke;  
und je nach langem Raume  
er einem Knaben winkt.

Er spricht im Schlaf zum Knaben:  
Geh hin vor's Schloss, o Zwerg  
und sieh, ob noch die Raben  
herfliegen um den Berg.

Und wenn die alten Raben  
noch fliegen immerdar,  
so muss ich auch noch schlafen  
verzaubert hundert Jahr.

Der verstorbene Herrscher aus Preußen wurde als neuer Barbarossa interpretiert, der das Reich rettete und nun seinerseits dort schläft, bereit, erneut einzugreifen, falls dieses in Not gerät. Grob missbrauchten die nationalsozialistischen Machthaber diesen Mythos von der Rettung des Reiches, als beim „Unternehmen Barbarossa“ am 22. Juni 1941 auf 2000 km Frontlänge die Geschütze losbrüllten und zum Überfall auf die Sowjetunion die Panzermotoren angeworfen wurden. Dieses Unternehmen Barbarossa besiegelte den Untergang des Dritten Reichs.

Nach dem Mythos und dem Denkmal benannte sich seit 1900 der Kyffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände. Den Kriegervereinen war es zunächst hauptsächlich um Geselligkeit und Pflege von Kameradschaft, Fürsorge für Versehrte und Hinterbliebene, Errichtung von Gedenkstätten usw. gegangen. Aber schon im Kaiserreich wurden die rechts-konservativen

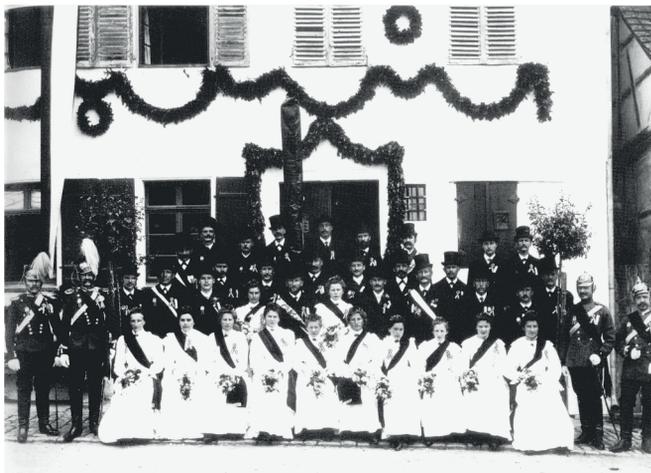


*Das Kyffhäuser-Denkmal. Unten sitzt der schlafende Barbarossa, über ihm reitet der erste Kaiser des Deutschen Reiches Wilhelm I. in wolkige Weiten.*

und traditionsverbundenen Vereinigungen als Gegenpol zur Arbeiterbewegung und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt. Immerhin gehörten vor dem Ersten Weltkrieg knapp drei Millionen Mitglieder zum Kyffhäuser-Bund, und sie folgten dem Motto „Für Gott, König und Vaterland – Gegen die Sozialisten“.

Im kleinen einst altwürttembergischen Zavelstein (ähnlich in den Nachbarorten Sommenhardt, Röttenbach, Teinach) dauerte es allerdings Jahrzehnte, bis sich schließlich 1904 ein Kriegerverein zusammenfand, von dem noch einige Reminiszenzen existieren.

Auf diesen Kriegerverein geht die Tafel zurück,



*Feierliche Fahnenweihe des Zavelsteiner Kriegervereins 1906 vor der damaligen Pension Schröfel (am Marktplatz). Hinten in der Mitte die noch nicht enthüllte Fahne.*

die den Anstoß zu dieser Betrachtung gab. Im Jahr der Vereinsgründung wurde sie gefertigt. Zwar erreicht sie nicht so ganz die Opulenz des Niederwald-Denkmal und es waren immerhin 38 bzw. 34 Jahre vergangen, bis man eine Erinnerungstafel in der Kirche für angebracht hielt. Aber offenbar waren nun auch Bewohner des Zwergstädtchens, deren Zahl die Oberamtsbeschreibung von 1860 mit 366 angibt, vom

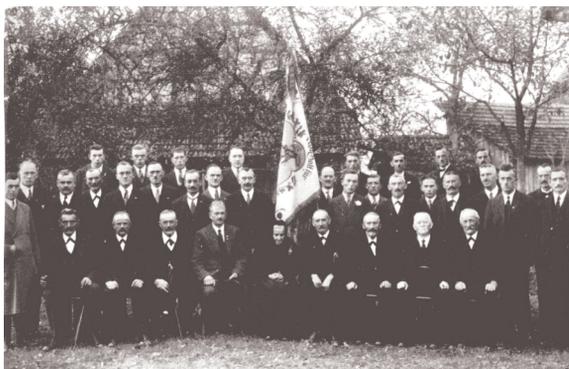
Virus neuer nationaler Größe infiziert. Die Einstellung seiner Mitglieder dürfte den anderen Kriegerverbänden entsprochen haben.

Aus der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg ging als einer der wesentlichen Träger des deutschen Nationalgefühls der Kyffhäuser-Bund mit seinen Kriegervereinen gestärkt hervor, waren doch viele Soldaten von der Auflösung der Monarchie und dem Nachkriegs-Chaos in der Weimarer Republik zutiefst enttäuscht. Anfang 1922 wurden Kyffhäuser-Bund und Deutscher Reichskriegerbund zum Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser“ vereinigt.

Längst hatte sich die „Dolchstoß-Legende“ herausgebildet: Das Kaiserreich mit seinen im Feld unbesiegten Truppen sei durch einen Dolchstoß in den Rücken von Juden und Linken zu Fall gebracht worden. Als Gipfel der Ungerechtigkeit wurde der „Schandvertrag“, der Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919, empfunden.

Wie uns heute geläufig ist, wurde diese Deutung des verlorenen Kriegs zum fruchtbaren Boden für das Gedeihen des Nationalsozialismus. Die galoppierende Inflation von 1923 und die Wirtschaftskrise der beginnenden 1930er Jahre, nicht zuletzt auch die von Kirchen weitergetragene Obrigkeitshörigkeit der Bürger kamen hinzu. Einen wesentlichen Beitrag zur Ablehnung von Demokratie leistete die politische Instabilität der Weimarer Republik.

Der Reichskriegerbund „Kyffhäuser“ positionierte sich auf der Kyffhäuserstagung vom 7. Mai 1933 in Berlin folgerichtig politisch: Der damalige Präsident General Rudolf von Horn bekannte sich zu Adolf Hitler. Die bis dahin recht



*Feierliche Zusammenkunft des Sommenhardter Kriegervereins bei der Goldenen Hochzeit von Altschultheiß Gottlieb Schroth (erste Reihe Mitte mit Gattin)*

selbstständigen Landesverbände hatten sich „der Bewegung“ unterzuordnen, wurden der SA angeschlossen und damit Steigbügelhalter für den Aufstieg der Nationalsozialisten.



*Titel-Emblem der Wochenzeitschrift Kyffhäuser von 1936*

Auch am Zavelsteiner Kriegerverein ging diese Entwicklung nicht vorbei, und er firmierte ab 1935 als „SAL und Kyffhäuserbund, Bezirksverband Neuenbürg 172, Kriegskameradschaft Zavelstein“, wobei SAL für SA-Landesverband stand. 1934 gehörten ihm noch 33 Mitglieder an. Doch Mitte 1937 löste sich die Zavelsteiner Gruppe auf, wobei hierüber keine Unterlagen auffindbar sind. Es scheint so zu sein, dass die Zavelsteiner die weitere Entwicklung des Dachverbands nicht mehr mittragen wollten.

Aus dem Kyffhäuserbund wurde 1938 der NS-Reichskriegerbund „Kyffhäuserbund e.V.“ Nach der Anfang 1943 verlorenen Schlacht von Stalingrad, in der Adolf Hitler 200 000 Soldaten der 6. Armee einem grauenhaften Untergang überließ, erfolgte die Auflösung. Im Nachkriegs-Deutschland gehörte er zu den vom alliierten Kontrollrat verbotenen Organisationen, gründete sich jedoch 1952 erneut und existiert mit rund 30 000 Mitgliedern als Sozialfürsorge betonender rechtsstehender Reservisten- und Schießsport-Verein auch heute noch.

Betrachtet man aus heutiger Perspektive die Bismarck'sche Politik vor rund 150 Jahren, auf welche die Zavelsteiner und Breitenberger Gedenktafeln den Blick lenken, so fällt die Wertung sehr zwiespältig aus. Kein Zweifel besteht an Bismarcks ausgeprägten Fähigkeiten zur Einschätzung von Optionen und seinem Verhandlungsgeschick. Vor Illegitimität und Gewaltanwendung scheute er jedoch nicht zurück. Das von ihm geschaffene staatliche Konstrukt blieb auf seine Person und seine stabile Beziehung zu Wilhelm I. zentriert. Ohne die beiden Akteure ging dieses Reich im Ersten Weltkrieg spektakulär unter. Und unverkennbar zieht sich ein Zusammenhangsstrang von 1866 durch den Gewalteintritt gegen den Deutschen Bund einschließlich Österreich und 1870/71 gegen Frankreich in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs und von dort über das Erstarken der extremen Rechten in die nächste Katastrophe des Zweiten Weltkriegs mit der Teilung Deutschlands und Wiedervereinigung als Spätfolgen bis in unsere Tage.

Weitgehend untergegangen ist in unserem Bewusstsein, dass mehrere deutsche Staaten mit unterschiedlichen intellektuellen und kulturellen (und ökonomischen) Potentialen existierten. Darin erinnert der Publizist Claudius Seidel in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom August 2016 „Als die Piefkes aufmarschierten – Deutschland gegen Preußen“: „Adolf Hitlers

‘Mein Kampf’ beginnt damit, dass die Spaltung Deutschlands [die Abtrennung Österreichs] beklagt und die Hoffnung auf deren Überwindung artikuliert wird. Heute wissen wir, wie es war, als sich diese Hoffnung erfüllte. Und wer damals fliehen musste oder ermordet wurde.“ Zwar möchte man sich auf keinen Fall in die Gesellschaft der braunen Bewegung begeben. Aber – wie Seidel weiter ausführt – „es war andererseits ... Bruno Kreisky, österreichischer Bundeskanzler von 1970 bis 1983, Sozialdemokrat und Jude, der immer wieder daran erinnerte, dass es drei deutsche Staaten gebe, die Bundesrepublik, die DDR

und Österreich“. Was unseren Lebensraum im Süden angeht, so bemerkt Seidel – vielleicht mit etwas zu negativem Akzent, aber im Wesentlichen treffend: „Den süddeutschen Staaten nötigte Preußen [1866] Schutzbündnisse auf, und nach dem Krieg gegen Frankreich, vier Jahre später, blieb ihnen nichts anderes übrig, als jenem preußisch-deutschen Reich beizutreten, das auf Illegitimität gegründet war. Und das, ob es uns jetzt passt oder nicht, noch immer das staatliche Gefäß ist für jene Bundesrepublik, deren geistige Enge womöglich mit dieser Gründungsgeschichte mehr zu tun hat, als es uns heute bewusst ist.“

---

### Quellen und Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte, 65. Jahrgang, Bismarck (Aufsätze von Andrea Hopp, Andreas Wirsching, Volker Ulrich, Sandrine Klott, Tilman Mayer, Jürgen Zimmerer) Heft 13/2015, 23. März 2015.
- Bremm, Klaus-Jürgen: 1866 – Bismarcks Krieg gegen die Habsburger, Theiss-Verlag, 2016.
- Calwer Wochenblatt, Jahrgänge 1866, 1870, 1871 und 1904.
- Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866-1945, Verlag C.H. Beck, 1981.
- Craig, Gordon A.: Über die Deutschen, Verlag C.H. Beck, 1982.
- DER SPIEGEL 44/1990 mit Artikel zum Kyffhäuserbund.
- Dittrich, Max und Henze, Max: Der Deutsch-Französische Krieg, Verlag Münchmeyer, Erscheinungsjahr nicht mehr feststellbar, vermutlich um 1880.
- Franke, Hagen: Der Deutsche Krieg in der Tauberregion 1866 – Denkmäler eines vergessenen Kriegsschauplatzes, Der Bote 47, Wehrgeschichtliches Museum Rastatt, Verlagsgesellschaft Südwest Karlsruhe, April 2016.
- Harder, Hans-Joachim: Militärgeschichtliches Handbuch Baden-Württemberg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1987.
- Home-Page Kyffhäuserbund e.V.
- Kershaw, Ian: Höllensturz – Europa 1914-1949, Deutsche Verlagsanstalt, München 2016
- Mangelsdorf, Robert, und Andreas, Willy: Werden und Wirken – Neueste Zeit (Band III), 5. Aufl., Verlag Braun, Karlsruhe 1957.

- Schüßler, Wilhelm: Bismarck, Die gesammelten Werke, Band 10, Reden 1847-1869.
- Seidl, Claudius: Als die Piefkes aufmarschierten – Deutschland gegen Preußen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 10, 2. Juli 2016.
- Stadtarchiv Bad Teinach-Zavelstein. An dieser Stelle möchte ich mich für die Hilfe von Jürgen Rausser bedanken, der die Archive der Stadt Bad Teinach-Zavelstein seit Jahren betreut.
- Weiß, Otto: Heraus aus dem Ghetto, aus der festgemauerten Burg, Katholisches Sonntagsblatt für die Diözese Rottenburg-Stuttgart Nr. 23, 5. Juni 2016.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte Band I und II, C.H. Beck-Verlag, Erstauflage München 2000.

### Bildnachweis

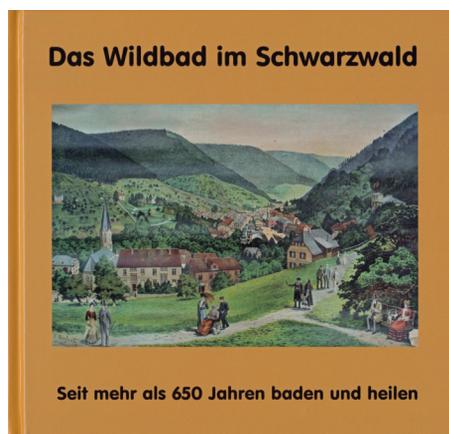
- S. 175 und 176 links: Autor.
- S. 177 und S. 186: Wikipedia.
- S. 180 zwei Bilder: Autor (aus Calwer Wochenblatt, Jahrgang 1866).
- S. 182: Autor (aus Calwer Wochenblatt, Jahrgang 1870).
- S. 183: Autor (vier Bilder aus Bild- und Textband „Der Deutsch-Französische Krieg“ von Max Dietrich und Max Henze).
- S. 184: Autor (aus Calwer Wochenblatt, Jahrgang 1871).
- S. 187 zwei Bilder: Autor.
- S. 188 und S 189 oben Bilder: Bildband Bad Teinach-Zavelstein, 1984.
- S. 189 unten: Autor (aus Stadtarchiv Bad Teinach-Zavelstein).

## Neue Bücher



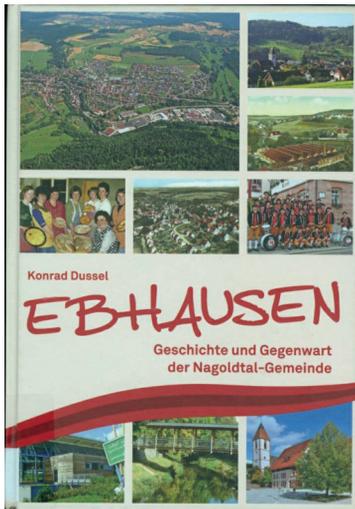
Gabriel Stängle mit Sebastian Röhrle, Jeremias Viehweg, Fabian Gote, Pascal Grimm und Kevin Schmitt: „Wir waren froh, als es vorbei war“. Die Ausgrenzung und Verfolgung von Juden im Kreis Calw zwischen 1933 – 1945, Horb 2017, 143 S., 95 Abb., ISBN 978-3-86595-649-1, 15,00 €.

Dieses Buch ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Mehr als siebenzig Jahre nach Kriegsende widmet es sich der größten Gruppe der NS-Opfer, den Juden, und deren Ausgrenzung und Verfolgung im Kreis Calw. Nachdem in den letzten Jahren einige lokale Veröffentlichungen zu diesem Thema erschienen sind, geben Gabriel Stängle und seine Schüler von der Christiane-Herzog-Realschule Nagold hier erstmals einen landkreisweiten Überblick und beziehen noch einzelne vor 1973 zum Kreis Calw gehörende Gemeinden mit ein. Sie haben eine größtmögliche Anzahl an Quellen aufgespürt, ausgewertet und mit zahlreichen Quellennachweisen belegt. Dabei haben sie auch die wenigen noch lebenden Zeitzeugen befragt und frühere Zeitzeugenbefragungen ausgewertet. Ebenso verdientvoll ist, dass sie nicht nur die Opfer, sondern auch die Täter in den Blick genommen haben.



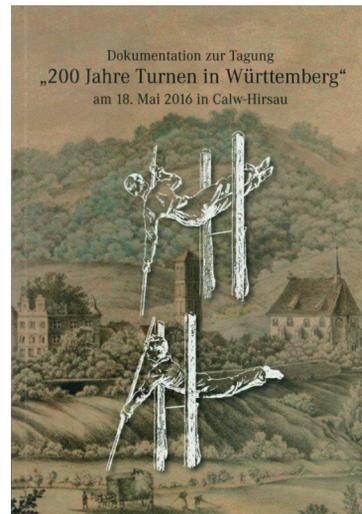
Ernst Ammer, Götz Bechtle, Karl Konrad Finke, Wolfgang Plappert, Peter Rückert, Hans Schabert: Das Wildbad im Schwarzwald. Seit mehr als 650 Jahren baden und heilen, Horb 2017, 132 S., 191 Abb., ISBN 978-3-86595-529-6, 15,00 €.

Die versuchte Entführung von Graf Eberhard II., dem Greiner, bei seinem Badeaufenthalt in Wildbad im Jahr 1367, vor genau 650 Jahren, bildete den Anlass für dieses Buch. Diesem auch für die Landesgeschichte folgenreichen Ereignis, gemeinhin bekannt als „Überfall im Wildbad“, widmen sich im engeren Sinne die beiden Beiträge von Karl Konrad Finke und Peter Rückert. Weit über Bad Wildbad hinaus greift der Beitrag „Heil- und Mineralwässer – der Wasserschutz im Landkreis Calw“ von Ernst Ammer, der verständlich macht, wie die reichen Wasservorkommen überhaupt entstanden und wie unterschiedlich sie zusammengesetzt sind. Die Beiträge der anderen Autoren geben ebenso kurzweilige wie informative Einblicke in Geschichte und Gegenwart der Stadt Bad Wildbad. So werden der Kurpark, die Gotteshäuser, das Kulturquadrat, der Sommerberg, die Verkehrswege, der Urquell und das Gesundheitswesen thematisiert.



Konrad Dussel: **Ebhausen. Geschichte und Gegenwart der Nagoldtal-Gemeinde**, Horb 2016, 440 S., 304 Abb., ISBN 978-3-86595-628-6, 29,90 €.

Umfassend, gut lesbar und wissenschaftlich fundiert – so wird die Geschichte von Ebhausen (ohne die 1975 eingegliederten Ortsteile) in dem von der Gemeindeverwaltung herausgegebenen Buch präsentiert. Darin wird ein weiter Bogen gespannt von den frühesten archäologischen Zeugnissen in der Kirche, den Ersterwähnungen Ebhausens und Wöllhausens über die Höhen und Tiefen der Geschichte bis zur Gegenwart. Alte Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnisse werden genauso geschildert wie die Kirchengeschichte, Kindergärten und Schule, die Entwicklung der Kommunalverwaltung und des Vereinswesens. Ein eigenes Kapitel widmet sich den weit reichenden Veränderungen der wirtschaftlichen Gegebenheiten, vor allem im 20. Jahrhundert. Das Buch ist auch deshalb so lebendig und vielfältig, weil sich etliche Bürger mit ihrem Wissen, ihren Aufzeichnungen und Erinnerungen als Zeitzeugen eingebracht haben. So beeindruckt nicht nur die zahlreichen ortsgeschichtlichen Besonderheiten und Details, mit denen das Buch aufwartet, sondern auch die Fülle des Bildmaterials und die ansprechende Gestaltung.



**Dokumentation zur Tagung „200 Jahre Turnen in Württemberg“ am 18. Mai 2016 in Calw-Hirsau**, hrsg. von Martin Ehlers, Markus Friedrich und Karl J. Mayer, Kleine Reihe des Stadtarchivs Calw, Bd. 33, Calw 2016, 86 S., 43 Abb., ISBN 978-3-939148-39-5. 8,00 €.

Hirsau, im Herbst 1816: In dem kleinen, durch sein Kloster berühmt gewordenen Ort, gründen fünf junge Männer einen Turnverein. Sie sind inspiriert von der deutschen Turnbewegung und Turnvater Friedrich Ludwig Jahn. Mit an der Gründung beteiligt ist der Leonberger Präzeptor, Friedrich Wilhelm Klumpp, den man später den "schwäbischen Turnvater" nennen wird. Wenn dieser Verein auch nur ein Jahr existiert hat, so ist er doch zum Archetypus des württembergischen Turnvereins geworden. Spannend sind die nachzulesenden Vorträge: Unter anderem gibt Michael Krüger einen Überblick über die Entwicklung des Turnens, das als patriotische Körperertüchtigung begonnen hat. Annette Hofmann und Gertrud Pfister verfolgen die Entwicklung des Frauenturnens von den Anfängen bis zur Gegenwart. Lothar Wiesner beleuchtet einen wichtigen Nebenaspekt der Turngeschichte, die Rolle der „Feuerlösch- und Rettungskorps“ der Turnvereine. Schließlich widmet sich Karl J. Mayer der Geschichte des Orts und des Klosters Hirsau.



Zum fünften Mal gibt der Kreisgeschichtsverein Calw (KGV) den Band, „Einst & Heute – Historisches Jahrbuch für den Landkreis Calw“, in Fortsetzung seiner gleichnamigen Hefereihe sowie der Jahrbücher des Landkreises Calw quasi als 57. Folge heraus. Auf 192 Seiten sind 13 Beiträge verschiedener Autoren zu lesen. Sie haben in Archiven oder draußen geforscht, Fakten gesammelt und Zusammenhänge untersucht, um sie fundiert in dem Buch zu präsentieren. Spannend lesen sich die Schicksale, die das Leben einst prägte, interessant zeugen Entwicklungen und Geschehnisse vom Gang der Dinge in alten Zeiten und deren Wirkung bis in unsere Gegenwart. Die bunte Palette der Themen ist unten aufgelistet. Dank richtet sich auch für diese Ausgabe an die Sponsorin Sparkasse Pforzheim Calw und den Förderer Landkreis Calw sowie ehrenamtlich an der Erstellung mitwirkende Mitglieder des KGV. Gemeinsam ermöglichen sie, dass erneut in hochwertigem Druck und reich farbig bebildert Vielerlei aus der Vergangenheit für eine an der Heimatgeschichte interessierte Leserschaft und gleichzeitig für die Nachwelt zu einem unverändert günstigen Preis festgehalten werden konnte. Hans Schabert

## Beiträge

### Schloss Zavelstein

Ein unbeachtetes Bauwerk Heinrich Schickhardts

### Johannes Brenz und der Schwarzwald

**Der Sedantag und das Kinderfest**  
Calwer Festkultur im Kaiserreich von 1871

**Blick in die Vermessungsgeschichte von Baden und Württemberg**  
Beispielhaft an der Region Pforzheim/Calw aufgezeigt

**Stadt Stuttgart wollte Trinkwasser aus dem Enz- und Eyachtal**  
Werksbesitzer, Amt Neuenbürg und Wildbad wehrten sich 1909 und 1927 gegen geplante Stauseen

**Das Hirsauer Geschichtsbild im 12. Jahrhundert**  
Ein Kloster erfindet sich neu

**Der Grundriss von St. Aurelius in Hirsau**

**Die „Alte Poststraße“ Stuttgart – Herrenberg – Nagold – Freudenstadt**  
Sieben Stundensteine sind noch erhalten

**Von Nagold über Lichtenstern nach Gnadental/Bessarabien**  
Aus den Briefen des Küsterlehrers Johann Jakob Koch (1817-1893)

**Ausgrenzung und Verfolgung von Juden in der Zeit von 1933 bis 1945 in Schömberg**

**„In eine andere Anstalt verlegt ...“**  
Die Calwer Opfer des nationalsozialistischen Krankenmords

**Slowenen statt Volksdeutsche**  
Das Umsiedlungslager im Haus Saron in Wildberg von 1941 bis 1945

**Eine Betrachtung zu zwei Gedenktafeln an die Kriege von 1866 und 1870/71**  
Problematische Weichenstellungen unter der Politik Bismarcks vor rund 150 Jahren